

Liebe Leserinnen und Leser,
hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 12. Juli 2018.

Anfragen

Aufgrund einer Anfrage der Ratsfraktion Tierschutz Freie Wähler (TP/FW) zur **Grundsicherung im Alter** teilte die Verwaltung mit, dass derzeit eine Tagung zum Thema Altersarmut ausgewertet wird. Handlungsempfehlungen werden dem Seniorenrat und dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales vorgestellt. Die Verwaltung darf keinerlei Auskünfte zu Einkommen und Vermögen bei Dritten einholen. Sie wies darauf hin, dass die Rentenversicherung in ihren Bescheiden auf die Beantragung von Grundsicherung hinweist.

Aufgrund einer Anfrage der TP/FW zur **Patientenwerbung und Gesundheitswirtschaft** teilte die Verwaltung in Absprache mit der Düsseldorf Tourismus GmbH mit, dass der Gesundheitstourismus ein Zweig der Tourismuswirtschaft ist und sich die Gesundheitstourismusaktivitäten auf rein kommunikative Maßnahmen beschränken.

Die Linken fragten nach den städtischen **Kosten für das Ed-Sheeran-Konzert**. Die Verwaltung erläuterte, dass bei keinem Bauantrag festgehalten wird, welche Fachämter und wie viele Personen mit welchem Stundenaufwand tätig sind. Es wird ein Gebührenbescheid erteilt. Bei der Düsseldorf Congress Sport & Event GmbH, zu deren Kerngeschäft die Veranstaltung von Konzerten gehört, waren unterschiedliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in unterschiedlichen Teilbereichen tätig, deren Stundenaufwand nicht festgehalten wird. Die Vorarbeiten sollen für die weitere Entwicklung der Fläche genutzt werden. Die Kosten für Pflege und Wässerung für die umgepflanzten Bäume werden dem Antragsteller nach Stundenaufwand berechnet. Die Kosten für die Gutachten - Artenschutz, Landschaftspflege, Artenmonitoring - wurden vom Antragsteller beauftragt und bezahlt. Der Aufwand belief sich insgesamt auf ca. 115.000 Euro.

Aufgrund einer Anfrage der FDP nach **unbebauten Grundstücken des Bundes** teilte die Verwaltung mit, dass aus den Daten des Liegenschaftskatasters nicht ermittelt werden kann, ob diese Flurstücke in einer Größe von insgesamt 130.000 qm für eine Bebauung geeignet sind. Eine Analyse der Grundstücke wäre erforderlich. Bisher wurden mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben konkrete Gespräche bezüglich der Kaserne geführt. Weitere Gespräche auch mit dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes sollen regelmäßig geführt werden, um das Potenzial zu ermitteln.

Eine Anfrage der CDU befasste sich mit **Gewalt gegen Mitarbeitende des Ordnungsdienstes** und bezog sich auf Presseberichte: „Geisel will Strafanzeige aus der Welt schaffen“. Die CDU wollte wissen, ob die Mitarbeiterin des Ordnungs- und Servicedienstes (OSD) zur Rücknahme ihrer Strafanzeige aufgefordert wurde. Der Oberbürgermeister erläuterte, dass er auf einer Veranstaltung von Stay von Herrn Ongaro - einem Streetworker von fifty-fifty - auf die gegen ihn laufenden Strafverfahren angesprochen wurde. Er hat daraufhin angeregt, einen direkten Täter-Opfer-Ausgleich durchzuführen und den Ordnungsdezernenten gebeten, ein Gespräch mit der Mitarbeiterin des Ordnungs- und Servicedienstes zu führen. Dieses hat unter Beteiligung des Abteilungsleiters des Ordnungs- und Servicedienstes stattgefunden. Eine Hinzuziehung des Personalrates war nicht erwünscht. Thomas Geisel betonte seine große Wertschätzung für die schwierige Arbeit des OSD, der immer im Blickpunkt der Öffentlichkeit steht und unter Druck und in großer Verantwortung arbeitet. Ebenfalls ei-

ne wichtige Aufgabe erfüllt Fifty-Fifty und erfährt hinsichtlich der Integration von Obdachlosen eine große öffentliche Unterstützung.

Bericht aus der Kleinen Kommission Schauspielhaus

Die Dach- und Fassadensanierung befindet sich insgesamt im Termin- und Kostenrahmen. Auf Veranlassung des Landschaftsverbandes Rheinland werden die erdgeschossigen Glas-Stahlrahmen-Fassadenelemente nicht ausgebaut und in eine Werkstatt zur Sanierung verbracht, sondern vor Ort nach den Vorgaben des Denkmalschutzes saniert. Die dem Investor des Kö-Bogens zugesicherte Baustelleneinrichtungsfläche reicht bis unmittelbar an die Südfassade des Schauspielhauses heran. Wegen der Nutzung eines Teils dieser Fläche für die Dach- und Fassadensanierung des Schauspielhauses soll auf der Grundlage eines Logistikkonzeptes eine Ersatzfläche angeboten werden.

Bericht aus der Kleinen Kommission Kö-Bogen

Die Verwaltung teilte mit, dass es bei den Arbeiten zur Offenlegung der Düssel zu Undichtigkeiten der Dämme kam, die durch eine zusätzliche Spuntwand behoben wurden. Fertiggestellte Sitzgelegenheiten im Bereich der Schadowstraße wurden durch Skater beschädigt. Deshalb sollen die Details des Gustav-Gründgens-Platzes nochmals überprüft werden. Wegen der Fassadensanierung des Schauspielhauses muss die Baustraße von der Maximilian-Weyhe-Allee länger als geplant aufrecht erhalten werden. Deshalb verschiebt sich die Fertigstellung der Außenanlagen rund um die nördliche Tunnelrampe um 8 bis 12 Monate. Alternativen sollen bis zur nächsten Sitzung geprüft werden. Hinsichtlich der Aufstellung von Pollern am Martin-Luther-Platz, Justizministerium und Steigenberger Hotel sollen ein Ortstermin stattfinden und Alternativen erörtert werden.

Anträge der Fraktionen

Ein Antrag der Linken wurde in leicht veränderter Form beschlossen (Enthaltung CDU). Die Verwaltung soll prüfen, wie der Düsselpass für Senioren und Seniorinnen längerfristig ausgestellt werden kann. Bisher muss er jährlich neu erstellt werden. Der Antrag der Fraktion TP/FW, dass der Rechnungsprüfungsausschuss auch öffentlich tagen soll, wurde von den anderen Ratsmitgliedern abgelehnt.

Der Antrag der Fraktion TP/FW, unverzüglich alle rechtlichen Mittel gegen das Land einzuleiten, um die finanzielle Mindestausstattung zu erlangen, wurde von den anderen Ratsmitgliedern abgelehnt.

Der Antrag der Fraktion TP/FW, mögliche Open Air Veranstaltungsflächen mit mehreren zehntausend Besuchern z.B. an der Kreuzung A3/B7 zu prüfen, wurde von allen anderen Ratsmitgliedern abgelehnt.

Der Antrag der CDU, eine Übersicht der vorhandenen Spielplätze nebst Einteilung nach Geeignetheit für unterschiedliche Altersgruppen und Funktionstüchtigkeit sowie Betriebszustand zu erstellen, wurde von SPD, Linken, BÜ 90, FDP, Pirat abgelehnt.

Verwaltungsvorlagen

Der Rat leitete die Entwürfe der **Gesamtabschlüsse 2013-2015** dem Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung zu.

Der Rat beschloss **die Betrauung der D.LIVE GmbH & Co.KG** für den Sektor Sport

mit der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung zur Förderung und Vermarktung des Standortes Düsseldorf auf dem Gebiet des Sports sowie mit der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung zur Vermietung der Multifunktionsarena für die Durchführung von sozialen, kulturellen, sportlichen, insbesondere Breitensportlichen Veranstaltungen sowie sonstigen Veranstaltungen der Daseinsvorsorge in Düsseldorf. Aufgrund der Übertragung des betrauten Geschäftsbereichs Sport von der Düsseldorf Congress Sport & Event GmbH auf D.LIVE ist wegen der Bezuschussung gemeinwohlorientierter Leistungen im Rahmen des EU-Beihilferechts nunmehr die Betrauung der D.LIVE erforderlich.

Der Rat nahm den **Jahresabschluss 2017 der Stadtparkasse Düsseldorf** zur Kenntnis und beschloss einstimmig die Verwendung des Jahresüberschusses 2017 in Höhe von 16 Mio. Euro sowie des Gewinnvortrages von 7,1 Mio. Euro aus dem Jahr 2016. 13,6 Mio. werden an die Stadt ausgeschüttet, 6,3 Mio. Euro werden der Sicherheitsrücklage der Stadtparkasse zurückführt und 3,3 Mio. Euro als Gewinnvortrag fortgeführt. Vorstand und Verwaltungsrat wurden entlastet.

Der Rat nahm die Entscheidung der Preisgerichte hinsichtlich der **Verleihung der Förderpreise 2018** zur Kenntnis:

Jury bildende Kunst: Medienkünstlerin Ae Ran Kim und Installationskünstler Christoph Westermeier

Jury darstellende Kunst: Regisseurin/Performerin Stine Hertel und Schauspieler André Kaczmarczyk

Jury Musik: Pianist/Komponist Martin Tchiba und Pianistin Nalaja Lentas

Jury Literatur: Autor Tobias Steinfeld

Der Rat hatte in seiner Sitzung am 14.12. beschlossen, die **medizinische Vergabe von Substitutionsmitteln** in der Flurstraße im Laufe des Jahres 2018 einzustellen, wobei die 5 städtischen Stellen zur psychosozialen Betreuung Substituierter erhalten bleiben. Frei werdende Mittel sollen in den Haushalt 2018 ff eingestellt und mit einem Sperrvermerk versehen werden. Über die Mittelfreigabe entscheidet der Ausschuss für Gesundheit und Soziales nach Vorlage des konkreten Konzeptes der dezentralen Hilfezentren unter Berücksichtigung trägerübergreifender Standardisierung und einheitlicher Betreuungsschlüssel. Hierbei ist zu überprüfen, ob als Standort die Flurstraße in Frage kommt. Weiterhin soll geprüft werden, ob das erste dezentrale Hilfezentrum für opiatabhängige Konsumenten und Konsumentinnen mit Lebensmittelpunkt im Düsseldorfer Süden in Holthausen am „Kamper Acker“ eingerichtet und die Betreuung durch städtische Stellen zur psychosozialen Betreuung gewährleistet werden kann. Die mittelfristige Finanzplanung soll durch nicht verausgabte Mittel, die durch die Schließung der Methadon- und Drogenambulanz frei werden und zu beantragende Finanzmittel beim Landschaftsverband Rheinland gesichert werden. Zur Umsetzung bedurfte es der abschließenden Durchführung des Beteiligungsverfahrens mit dem Personalrat.

Der Personalrat hat die Schließung der Methadon- und Drogenambulanz endgültig abgelehnt, worauf die Anrufung der Einigungsstelle erfolgte. Die Einigungsstelle hat folgende Empfehlung ausgesprochen: „Die Einigungsstelle empfiehlt dem verfassungsmäßig zuständigen obersten Organ der Landeshauptstadt Düsseldorf, die Methadon- und Drogenambulanz bis Ende 2018 unter der Maßgabe zu schließen, dass die Personalvertretung an der Erarbeitung der Leitlinien für die Psychosoziale Betreuung substituierter opioidabhängiger Frauen und Männer beteiligt wird. In gleicher Weise wird der Personalrat rechtzeitig und umfassend an der Umsetzung der sich aus der Schließung ergebenden personellen Einzelmaßnahmen beteiligt.“

Der Rat folgte dieser Empfehlung (gegen Linke, TP/FW, Enthaltung FDP).

Der Rat nahm eine Informationsvorlage zur **Methode im Umgang mit Gasbeleuch-**

tung im Gesamtkontext zum Masterplan „Energieeffiziente und historische Straßenbeleuchtung“ zur Kenntnis. Es werden denkmalwerte Gasleuchten-Bestände durch den Landschaftsverband Rheinland/Amt für Denkmalpflege auch aufgrund von Bürgereingaben und Hinweisen des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Landschaftsschutz identifiziert. In diesen Quartieren werden die technischen und sicherheitsrelevanten rechtlichen Vorgaben durch das Amt für Verkehrsmanagement überprüft. Sodann werden Handlungskonzepte für Schutzzonen entworfen und Kosten, CO²-Emissionen sowie Energieeffizienz ermittelt. Am 6. und 7. September sollen die Zwischenergebnisse in die Stadtgesellschaft gespiegelt werden. Am 9. September sollen die Ergebnisse dieser Workshops ausgestellt werden und in das weitere Verfahren einfließen. Abschließend sollen ein Masterplan entworfen, eine Beleuchtungssatzung in die politischen Gremien eingebracht und die erhaltensfähigen Schutzzonen in die Denkmalliste eingetragen werden.

Der Rat beauftragte einstimmig den Oberbürgermeister, mit der Kreisstadt Mettmann eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die **Durchführung von Aufgaben zur Vergabe öffentlicher Aufträge durch die Zentrale Vergabestelle im Rechtsamt** der Stadt Düsseldorf zu schließen. Mettmann verfügt nicht über den ab 18.10.2018 zwingend vorgeschriebenen Einsatz der elektronischen Kommunikation (E-Vergabe). Deshalb soll mit Düsseldorf kooperiert und die elektronische Vergabepattform der Stadt genutzt werden. Die fachlich-inhaltliche Verantwortung der Vergabeverfahren verbleibt bei der Kreisstadt Mettmann. Für bis zu 100 Vergaben jährlich wird ein Entgelt in Höhe von 80.000 Euro gezahlt, welches die zusätzlichen Personal- und Sachkosten im Rechtsamt deckt.

Der Rat nahm einen **Sachstandsbericht zur elektronischen Gesundheitskarte** für nicht Versicherungspflichtige zur Kenntnis. Die elektronische Gesundheitskarte wird von den Hilfesuchenden angenommen und den Erbringern von Gesundheitsleistungen akzeptiert. Die Aufnahme von Zahnersatz entlastet die Kommunen deutlich von Verwaltungsaufwand. Festbetragsregelungen für die Verwaltungskostenerstattung und Aufwandspauschalen für Begutachtungen des Medizinischen Dienstes im Rahmen von Krankenversicherungsleistungen bringen finanzielle Entlastungen und verbessern die fiskalischen Planungen. Es liegen keine Indizien für missbräuchliche Nutzungen der elektronischen Gesundheitskarte vor.

Der Rat beschloss mit den Stimmen von SPD, FDP, BÜ 90, die öffentliche Einrichtung **Großmarkt** und die öffentliche Einrichtung Spezialmarkt mit der Bezeichnung „**Radschlägermarkt**“ zum 31.12.2018 aufzulösen. Der Großmarkt wird als öffentliche Einrichtung betrieben. Die Verkaufsflächen für Obst und Gemüse werden den Händlern über das Amt für Verbraucherschutz im Wege der öffentlich-rechtlichen Zuweisung gegen Entgelt zur Verfügung gestellt, die Fläche für Blumen wird an die Blumengroßmarkt eG verpachtet und durch diese an die einzelnen Händler vergeben. Seit 2014 weist der Großmarktbetrieb Defizite aus. Die heutige Struktur des Großmarktgeländes ist ineffizient. Außerdem besteht ein Sanierungsbedarf in Höhe von 35,5 Mio Euro. Es werden zunehmend Flächen an großmarktfremde Interessenten vermietet, Freiflächen sind ungenutzt. Die Auslastung der Hallen ist auf 66 % in 2015 gesunken. Nach Abriss von 3 Hallen und Umzug betroffener Händler in freie Flächen stieg der Auslastungsgrad aufgrund der reduzierten Gesamtfläche auf 74 % ohne dass neue Händler hinzugekommen sind. Die Großmarktgilde als Zusammenschluss der Großmarkthändler trat 2014 an die Stadt heran mit dem Wunsch, den Großmarkt selbständig zu betreiben. Seit 2018 werden intensive Gespräche mit der städtischen Tochtergesellschaft Industrieterrains Düsseldorf-Reisholz AG geführt, die das Großmarktgelände übernehmen, arrondieren und neu bebauen will. Die Hallen sollen an die von der Gilde gegründete Großmarkt Düsseldorf Zwei.Null GbR vermietet werden. Der Radschlägermarkt soll

nach Möglichkeit weiter stattfinden, ggf. organisiert durch private Anbieter. Es wird geprüft, ob und in welchem Umfang dies während der Bauphase auf dem Großmarktgelände möglich ist, parallel werden Alternativstandorte gesucht.

Der Rat aktualisierte die **Zuständigkeitsordnung**. CDU und Linke stimmten gegen die Änderung, dass zukünftig der Kulturausschuss für Angelegenheiten der Clara-Schumann-Musikschule zuständig ist (bisher Schulausschuss).

Der Rat beschloss einstimmig eine Neufassung der **Geschäftsordnung der Düsseldorfer Gesundheitskonferenz**: als stimmberechtigtes Mitglied wird ein Vertreter bzw. eine Vertreterin des „Runden Tisches Palliative Versorgung“ aufgenommen.

Der Rat beschloss bei Enthaltung der CDU **Bestimmungen über die Verleihung des Gleichstellungspreises**. Abgelehnt wurde von SPD, FDP, BÜ90, Linken der Antrag der CDU, in der Jury auf Vertretungen des Frauenforums und des Forums Lesben-, Schwulen- und Trans*-Gruppen zu verzichten. Der Preis wird alle zwei Jahre verliehen, öffentlich ausgeschrieben und mit 10.000 Euro dotiert, die für ein gleichstellungsrelevantes Projekt einzusetzen sind.

Der Rat beschloss (bei einigen Gegenstimmen von SPD, CDU und Linken und einigen Enthaltungen der CDU) **verkaufsoffene Sonntagnachmittage**:

- am 26.8. in Stadtmitte und Altstadt sowie einem Teil von Oberkassel
- am 9.9. in Eller und einem Teil von Kaiserswerth
- am 16.9. in der Carlstadt
- am 23.9. in einem Teil von Pempelfort
- am 2.12. in Teilen von Benrath, Kaiserswerth, Oberkassel und Pempelfort
- am 9.12. in Stadtmitte, Altstadt und Carlstadt

Der Rat folgte einstimmig dem Antrag des Seniorenrates, den Wahlberechtigten mit den Wahlunterlagen zur **Seniorenratswahl** auch einen amtlich adressierten Wahlbriefumschlag für die **portofreie Rücksendung** von Wahlschein und Stimmzettel zuzustellen und für die Portokosten in 2019 bis zu 30.000 Euro bereitzustellen. Dem folgende änderte der Rat die Satzung des Seniorenrates.

Personalien

Der Rat wählte einstimmig

- die Aufsichtsratsmitglieder der Tonhalle gGmbH, die SPD wird vertreten durch Markus Raub und Bergit Fleckner-Olbermann;
- Bergit Fleckner-Olbermann anstelle von Katja Goldberg-Hammon in den Aufsichtsrat der Zukunftswerkstatt Düsseldorf GmbH und als stellvertretendes Mitglied in den Verwaltungsrat der Werkstatt für angepasste Arbeit GmbH;
- Jürgen Bohrmann anstelle von Claudia Bednarski in den Aufsichtsrat der IPM Immobilien Projekt Management Düsseldorf GmbH;
- Klaus Heyer erneut als Schiedsmann für den Bezirk Grafenberg, Ludenberg und Hubbelrath;

Der Rat schlägt einstimmig der Verbandsversammlung des Bergisch-Rheinischen Wasserverbandes vor, Dipl.-Ing Ingo Noppen als ordentliches Mitglied sowie Dipl.-Ing. Kristian Lütz als stellvertretendes Mitglied in den Vorstand des Bergisch-Rheinischen Wasserverbandes wieder zu wählen.

Investitionen

Der Rat beauftragte die Verwaltung, für folgende Projekte die Planung durchzuführen und eine Kostenberechnung zu erstellen:

- **Neubau eines 4-zügigen Gymnasiums mit Sporthalle** an der Völklinger Straße. Gleichzeitig wird die Verwaltung beauftragt einen Umzug des Luisen-Gymnasiums, Bastionsstr. 24, anzustreben. Im Zuge des Umzugs soll die Zügigkeit von 3 auf 4 erhöht werden. Für 2018 werden Planungsmittel in Höhe von 0,5 Mio. Euro überplanmäßig bereitgestellt, weitere 1,8 Mio. sollen in den Haushalt 2019 eingestellt werden (einstimmig);
- **Errichtung von 2 provisorischen Ersatzcontainern für eine Klasse und eine OGS-Gruppe, provisorische Herrichtung der hierdurch frei werdenden Räume als Mensa und Neubau einer Mensa für etwa 160 Personen einschl. der notwendigen Nebenräume in konventioneller Bauweise an der Brehmschule**, Karl-Müller-Straße 25, Gesamtkosten voraussichtlich rd. 1,6 Mio. Die Essensausgabe findet derzeit in einigen Klassen- und OGS-Räumen sowie der Aula statt. Wegen der Mehrfachnutzung der Räume ist der Zeitdruck beim Essen sehr hoch, kleine Verzögerungen stören den regulären Unterricht. Die Container werden in den Sommerferien aufgestellt, der Mensabau soll im 2. Quartal 2020 beginnen (einstimmig);
- **Neubau einer Dreifachsporthalle am Annette-von-Droste-Hülshoff-Gymnasium**, Brucknerstr. 19. Im Rahmen der Neuordnung des Geländes des Hallenfreibades Benrath kann dort eine Dreifachsporthalle errichtet werden. Der nördliche Schulhof sowie die Einfachsporthalle aus dem Baujahr 1958 werden Teil des städtebaulich zu überplanenden Geländes. Bis zur Fertigstellung der neuen Sporthalle wird die Schule die bis Ende 2018 errichtete Dreifachsporthalle am Gymnasium Koblenzer Straße nutzen. Kosten und Terminplan können erst mit dem Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss genannt werden (einstimmig);
- **Erweiterung der städtischen Kindertagesstätte Sulzbachstraße 5** um zwei Gruppen mit voraussichtlichen Kosten von 2,9 Mio Euro, Zuschuss des Landes voraussichtlich 1,35 Mio Euro. Die Maßnahme wird durch die Immobilien Projekt Management Düsseldorf GmbH abgewickelt. Fertigstellung soll im 4. Quartal 2020 erfolgen (einstimmig);
- **Eisenbahnunterführung Bamberger Straße, Tieferlegung der Straße** mit vorläufigen Gesamtkosten von 7,9 Mio. Euro. Um einen Transportweg für Schwertransporte zum Hafen Reisholz auch ohne höhengleiche Kreuzung der Eisenbahntrasse zu schaffen, planen Stadt und ein Maschinenbauunternehmen eine Tieferlegung der Bamberger Straße. Der heutige behelfsmäßige Bahnübergang kann bedingt durch den Ausbau die Schieneninfrastruktur für den Rhein-Ruhr-Express voraussichtlich ab 2021 nicht länger genutzt werden. Das Maschinenbauunternehmen kann dann keine Schwertransporte mehr in den Reisholzer Hafen durchführen. Die Bamberger Straße soll deshalb um 4,7 m tiefer gelegt werden. Das Maschinenbauunternehmen wird sich an den Planungskosten beteiligen. Im Zuge der Erstellung der Entwurfsplanung und Kostenberechnung werden weitere Verhandlungen bezüglich der Kostenbeteiligung geführt. Die Umsetzung der Maßnahme muss zwingend am 31.12.2020 beendet sein (gegen Linke);
- **Ertüchtigung der Ofenlinien 1 bis 3 des Krematorium mit vorläufigen Kosten in Höhe von 1,8 Mio Euro.** Aufgrund von jährlich ca. 6500 Einäscherungen sind die Materialzehrungen so weit fortgeschritten, dass die Grenzwerte nach Bundesimmissionsschutzgesetz überschritten werden und die Standsicherheit des Ofengewölbes gefährdet ist. Zwischen 2019 und 2021 sollen die Ofenlinien ertüchtigt werden (einstimmig).

Der Rat beschloss die Ausführung und Finanzierung folgender Projekte

- **Abriss und Neubau der Gemeinschaftshauptschule Benrath (Melanchthon-**

straße 2) und Errichtung einer wettkampffähigen 2-feld Sporthalle. Aufgrund erheblicher baulicher Mängel sind Teile des Gebäudes schon gesperrt, seit 10 Jahren wird in Klassencontainern unterrichtet, ohne die Möglichkeit, Naturwissenschaften zu unterrichten. Der barrierefreie Neubau (einschl Mensa) wird für max. 450 SchülerInnen ausgelegt, die Sporthalle erhält eine Tribüne mit 199 Zuschauerplätzen. Die Gesamtkosten einschl. Anmietung und Umbau eines leerstehenden Bürogebäudes an der Kappeler Str. 105 während der Bauphase belaufen sich auf 24,8 Mio Euro. Mit den Abbrucharbeiten soll im 4. Quartal 2018 begonnen werden, Fertigstellung soll im 2. Quartal 2021 erfolgen (einstimmig);

- **Herstellung einer neuen Anschlussstelle Heerdt Lohweg an die B7** und Optimierung der vorhandenen Auffahrt von der Prinzenallee in Richtung Mönchengladbach. Es müssen 129 Bäume, die unter die Baumschutzsatzung fallen, gefällt werden, Eine Ersatzaufforstung erfolgt im Landschaftspark Fuhrkamp-Ost in Langenfeld, an der Stadtgrenze zu Düsseldorf. Im Grundsatzbeschluss für das Verkehrskonzept Heerdt/Oberkassel 2004 wurden die Gesamtkosten auf 13 Mio Euro geschätzt, es wurden Zuwendungen von Bund und Land in Höhe von 7,2 Mio Euro kalkuliert. Jetzt belaufen sich die Gesamtkosten auf 21,6 Mio. Euro. Außer Preissteigerungen resultiert dies aus dem notwendigen Neubau des Brückenbauwerks aus dem Jahre 1958, das ursprünglich weiter genutzt werden sollte, sowie einer rd. 400 m langen Lärmschutzwand (Südseite der Brüsseler Straße) und der Erneuerung der Straßenentwässerung. Über die bestehenden Förderrichtlinien ist eine Zuschussung nicht möglich, gleichwohl wird mit dem Zuwendungsgeber über Fördermöglichkeiten gesprochen. Baubeginn ist im Januar 2019 vorgesehen, Fertigstellung ca. Juli 2021. Für die gesamte Bauzeit wird der Heerdt Lohweg im Bereich der Baugrenzen nicht genutzt werden können. Zudem muss mit Sperrungen und verkehrlichen Beeinträchtigungen auf der B7 in alle Fahrtrichtungen gerechnet werden (Enthaltung Linke).

Der Rat beschloss einstimmig Mehrkosten in Höhe von 0,87 Mio. Euro

- für das Projekt Rennbahnstr. 60, **Waldschule** im Wildpark. Das Brandschutzkonzept, die Feuerwehrezufahrt, die Freiflächenplanung sowie die Regen- und Schmutzwasserversorgung mussten aufgrund der Baugenehmigung verändert werden. Aufgrund der Konjunktursituation liegen die Angebote mehrerer Gewerke über den Kalkulationen, sodass die Kosten von 1,43 Mio. Euro auf 2,3 Mio. Euro steigen. Die aktualisierte Terminplanung geht von einer Fertigstellung im 2. Quartal 2019 aus.

Planungsrecht

Der Rat beschloss

- eine **Veränderungssperre** für ein Gebiet östlich der A 52 einschl. der bebauten Fläche an der Theodorstraße/Am Hülserhof, südlich der Theodorstraße bis zum Gleisanschluss der Fa. Vallourec und nördlich des Firmengeländes Vallourec. Für das unbebaute Areal östlich des ISS Domes liegen vier Bauvoranfragen für großflächige Möbel- und Küchenfachmärkte or.l zugleich laufen Planverfahren für drei großflächige Einzelhandelsbetriebe aus den Branchen Möbel, Bau – und Gartenfachmärkte. Die Entwicklung des Einzelhandels soll unter Berücksichtigung der Zentrenstruktur und im Hinblick auf die Belange der Nachbargemeinden erfolgen. Die Veränderungssperre ist notwendig, um den in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan zu einem städtebaulich zufriedenstellenden und rechtsbeständigen Ergebnis zu führen (gegen FDP, BÜ90);
- die **Stellungnahme zur Änderung des Landesentwicklungsplanes** (LEP NRW). Aufgrund der veränderten politischen Zielsetzung der Landesregierung sollen Kommunen mehr Flexibilität bei der Flächenausweitung erhalten und neue

Wohngebiete und Wirtschaftsflächen auch in Orten mit weniger als 2000 Einwohnern ausweisen können. Um die Verkehrsprobleme in und um Düsseldorf nicht weiter zu verstärken, erwartet die Stadt eine stärkere Verknüpfung der Flächenentwicklung im ländlichen Raum mit leistungsfähigen ÖPNV-Verbindungen (einstimmig).

Der Rat nahm das **Zukunftskonzept „RegioNetzWerk“** des Projektauftrags StadtUmland.NRW zur Kenntnis und beauftragte die Verwaltung, die Inhalte zum Thema Siedlungsentwicklung (bezogen auf das Gebiet „Nördlich Kalkumer Schlossallee“) und Mobilität (Radschnellweg Düsseldorf-Ratingen-Duisburg und Verkehrskonzept Düsseldorfer Norden mit Stärkung der U 79 und der multimodalen Mobilität) im Rahmen der regionalen Kooperationen weiter auszuarbeiten, die Berücksichtigung der Qualitätskriterien des Zukunftskonzeptes bei der Umsetzung der Leitprojekte sicher zu stellen und die politischen Gremien kontinuierlich zu beteiligen (einstimmig).

Da während der Sitzung die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen kann und mir durchaus Fehler unterlaufen können, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen, darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen.

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer

**V.i.S.d.P.: Helga Leibauer, Am Pesch 28, 40625 Düsseldorf, Tel.: 0211 – 29 82 20,
Email: helgaleibauer@arcor.de**